

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924

16.1.1924 (No. 13)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Zeitung Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. F. M. e. b.,
Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und umwärts frei ins Haus geliefert monatlich 3,50 Geldmark. — Einzelnummer 12 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreiter Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und vermindert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind nach Anweisung der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher Nachrichten Nr. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, Zwangsversteigerung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, sind der Inferent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

* Die Sachverständigenausschüsse

Auch die Medien, die bei der vorgestrigen Eröffnungssitzung des ersten Sachverständigenausschusses in Paris gehalten wurden, reihen sich den Ereignissen der letzten Zeit an, die wir als Symptome einer weltpolitischen Entspannung zu deuten versuchen. Die Anschauungen, die vor allem aus der großen Rede des Kommissionsvorsitzenden, des amerikanischen Generals Dawes, herausfließen, sind so geartet, daß in ihrem Geiste ein friedlicher Ausgleich der Gegensätze und ein allgemeiner Wiederaufbau auf der Grundlage eines friedlichen Wettbewerbs sehr wohl möglich wäre. Es kommt eben nur darauf an, daß die maßgebenden Staatsmänner diesen Geist auch ihrerseits soweit respektieren, daß er nicht nur ihrer Handlungen werden kann. Bisher ist das, auch nach der Ansicht des Generals Dawes, nicht der Fall gewesen. Bis heute hat allerdings keine führende Persönlichkeit außerhalb Deutschlands diese Erkenntnis in eine so mächtige Form gekleidet, wie es vorgestern eben durch den amerikanischen Vorsitzenden des Sachverständigenausschusses geschah. Seine Worte verdienen es, auch an dieser Stelle nochmals unterstrichen zu werden. Sie lauten:

„Der Durchschnittsbürger sei sich in allen Ländern nicht über die Hindernisse klar, die einer Regelung der Reparationsfrage im Wege ständen. Diese Hindernisse hätten ihren Ursprung in nationalen Hochmut, in der Überheblichkeit und den egoistischen Interessen der verschiedenen alliierten Beamten, deren Vollmachten durch jeden mit Gewalt durchgesetzten interalliierten Akt vergrößert würden. Sie hätten ihren Ursprung desgleichen in den unaufhörlichen Entstellungen der Wahrheit und dem unerträglichen Geschrei jener widerlichen Masche der nationalitätlichen Demagogie aller Länder, die in dem gemeinsamen Unglück ein Mittel sähen, ihre eigene traurige Persönlichkeit in ein besseres Licht zu setzen. Der Erfolg des Sachverständigenkomitees hänge vor allem davon ab, daß in der öffentlichen Meinung und in dem Gewissen der Alliierten und der Welt eine genaue Vorstellung von dem Unglück vorhanden sei, von dem jeder einzelne der Alliierten in ganz Europa bedroht sei, wenn der gesunde Menschenverstand sich nicht durchsetze. Das Ergebnis der Sachverständigenarbeiten und das Maß, in dem die Reparationskommission es sich zunutze machen werde, um danach zu handeln, werde die endgültige Antwort auf diese Frage liefern.“

General Dawes hat in seiner Rede ausdrücklich betont, es sei jetzt nicht der Augenblick, sich gegenseitig Höflichkeiten zu sagen. Wir wissen heute, daß die Unfähigkeit, sich über eine gemeinsame Haltung zu einigen, ganz Europa in eine äußerst kritische Lage gebracht hat. Geheilt werden kann diese Krise aber nur durch eine schonungslose und vernünftige Erörterung.

General Dawes ist klug genug, um einzusehen, daß man erst dann stabile Schlussfolgerungen ziehen kann, wenn es stabile Voraussetzungen gibt. Solche Voraussetzungen sind aber nicht zu finden, solange die Währungen der einzelnen Länder, in erster Linie natürlich Deutschlands, der Festigkeit entbehren. Deshalb ist es ja auch die oberste Aufgabe des Sachverständigenausschusses, die Mittel zur Herstellung des deutschen Budgetgleichgewichts und die Maßnahmen zur Stabilisierung der deutschen Währung zu prüfen. Erst dann kann die Leistungsfähigkeit Deutschlands einigermaßen richtig abgeschätzt werden. „Die deutsche Zahlungsfähigkeit wird in dem Maße, wie die wirtschaftlichen Funktionen Deutschlands unter dem Einfluß einer stabilen Währung und eines ausgeglichenen Budgets sich wieder beleben, in Erscheinung treten. Dann werden sich zum ersten Mal grundlegende und entscheidende Tatsachen zeigen. Sellen wir also zunächst Deutschlands Stellung zu bewerkstelligen!“

In diesen Worten des Generals Dawes offenbart sich der Sieg wirtschafts- und finanzpolitischer Vernunft in imponierender Weise. Das ist es, was wir in Übereinstimmung mit allen verständigen Wirtschaftspolitikern des Auslands immer wieder gefordert haben: daß man den Schuldner erst einmal gesund werden läßt, bevor man von ihm die Abzahlung der Schulden verlangt, und daß man die Höhe dieser Schulden nicht nach irgendwelchen Phantasievorstellungen, sondern nach Maßgabe der wirk-

lichen Leistungsfähigkeit stipuliert. Frankreich ist es gewesen, welches aus Gründen machtpolitischen Ehrgeizes die wirtschaftliche Vernunft bergewaltigte. Die Pfeile die es dabei ununterbrochen gegen uns abwarf, prallen jetzt aber auf die Brust des Schützen zurück. Entsprechend den ungeordneten finanziellen Verhältnissen Frankreichs und entsprechend der Unsicherheit, die die französische Politik in ganz Europa hervorgerufen hat, sinkt auch der Wert des französischen Franken von Tag zu Tag.

Die Franzosen sind vorwiegend ein Rentnervolk. Hat sich der Franzose den Genuß einer solchen Rente mit 40 oder 50 Jahren erarbeitet, so zieht er sich vom geschäftlichen Leben zurück und widmet sich dem Genuß der Renten. Voraussetzung ist und bleibt aber dabei, daß das Geld, das diesen Rentengenuß ermöglicht, seine Valuta behält. Der französische Franken steht nun aber heute so, daß er nur noch knapp den 5. Teil seines bisherigen Wertes hat. Das bedingt natürlich Not und Leuerung. Die Tatsache, daß sich ein besonderer Ministerrat unter dem Voritze des Präsidenten Millerand mit der Frage der Währung befaßt und ganz bestimmte Stützungsmaßnahmen beschloß, beweist, wie ernst die Situation in Frankreich geworden ist. Allerdings wird dieser Beweis dadurch vor der ganzen Welt erbracht. Und wir glauben, daß die Welt auf diesen Beweis nicht gerade im Sinne einer Stärkung des französischen Kredits reagieren wird.

Vielleicht sind es derartige Ermüdungen gewesen, die das französische Kabinett veranlaßten, dem Vorsitzenden der Reparationskommission, Herrn Barthou, eine entgegenkommende Rede bei der Eröffnung des Sachverständigenausschusses zu empfehlen. Barthou erklärt, daß der Ausschuss „in voller Unabhängigkeit“ tagen werde, er hat Deutschland ausdrücklich das Recht zugesichert, gehört zu werden, und er hat die Worte geprägt: „Wir müssen endlich zum Ziele kommen. Die Gläubiger Deutschlands und Deutschland selbst sind nicht allein an der Reparationsfrage interessiert. Es ist nicht übertrieben, zu sagen, daß von ihr das friedliche Gleichgewicht der ganzen Welt abhängt.“ Der Sachverständigenausschuss hat übrigens von seinen Rechten sehr bald Gebrauch gemacht: er hat bereits den Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht nach Paris geladen.

Neben dem erfreulichen Auftakt der Verhandlungen des ersten Sachverständigenausschusses sind es noch zwei andere Momente, welche die von uns in letzter Zeit besprochene Änderung der politischen Gesamtsituation Europas beleuchten. Italien hat mit Jugoslawien ein Bündnis abgeschlossen. Und da Italien dem französischen Herrschaftssystem ablehnend gegenübersteht, bedeutet dieser Abschluß zum mindesten eine gute Rückendeckung Italiens für den Fall einer Auseinandersetzung mit Frankreich. Immer mehr zeigt sich, daß die kleine Entente nur für die engeren Zwecke einer gemeinsamen Balkanpolitik gegründet wurde, daß dagegen in Fragen der allgemeinen europäischen Politik jeder der drei Staaten seine eigenen Wege gehen kann. So hat die Tschechoslowakei mit Frankreich, Jugoslawien aber mit Italien ein Bündnis geschlossen.

Das andere Moment bezieht sich auf die Tatsache, daß Englands Haltung in der Pfalzfrage sich versteift. Die Anerkennung der sogenannten „separatistischen Regierung“ in der Pfalz durch die Rheinlandskommission ist auf Betreiben Englands nicht erfolgt, und der britische Generalkonsul in München hat sich, nicht gerade von den Gegenseitigen Frankreichs begleitet, nach der Pfalz begeben, um dort an Ort und Stelle die Zustände zu untersuchen. Auch er wird die Überzeugung gewinnen, daß mindestens 95 Prozent der Bevölkerung die separatistische Vandalenherrschaft ablehnen und verachten.

Die deutsche Goldnotenbank

Die Vorarbeiten für die Errichtung der deutschen Goldnotenbank sind, wie aus Berlin gemeldet wird, bereits so weit gediehen, daß schon in einigen Wochen an ihre Errichtung wird geschritten werden können. Aus unterrichteten Kreisen verlautet, daß die Bank Mitte März eröffnet werden soll. Diese rasche Entwicklung ist auf die günstigen Ergebnisse zurückzuführen, die die Reise des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht nach der Schweiz, London und Holland erzielt haben. Die Goldnotenbank soll vollständig unabhängig von der Rentenbank aufgebaut werden und es ist vorgesehen, daß die Rentenbank allmählich durch die Goldnoten abgelöst wird. Im „B. L.“ teilt Theodor Wolff mit, daß in den letzten Tagen sehr günstige Nachrichten aus London eingetroffen sind, die selbst großen Optimismus betreffs der künftigen Goldwährung rechtfertigen.

Eine Kundgebung der Pfälzer

Die Reise Clives

Der englische Generalkonsul Clive in München, der im Auftrage seiner Regierung bekanntlich die Pfalz bereist, um sich von der durch die separatistische Gewalt Herrschaft in der Pfalz geschaffenen Lage persönlich zu überzeugen, hat dem Wunsch der pfälzischen Bevölkerung entsprochen und hat im Parthotel in Mannheim, wo er abgestiegen war, die berufenen Vertreter der Pfalz zu einer Aussprache empfangen. Außer den Vertretern sämtlicher Wirtschaftsverbände der Pfalz, der Arbeitgeber und sämtlicher Gewerkschaften, der Vertreter sämtlicher politischen Parteien der Pfalz einschließlich der Kommunisten und der Vertreter der Presse waren das Oberhaupt der katholischen Kirche der Pfalz, Bischof Dr. Sebastian in Speyer und der Präsident des protestantischen Landeskirchenrates der Pfalz, Dr. Fleischmann, erschienen, um dem englischen Regierungsvertreter die durch den separatistischen Terror in der Pfalz geschaffene Lage auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet zu schildern.

Die Aussprache gab ein erschütterndes Bild der Qualen, die das Pfälzer Volk unter der Separatistenherrschaft ertragen muß und zeigte, daß sich die Separatisten nur durch den Schutz des französischen Provinzialregimentes für die Pfalz, General de Meh, und seiner Bezirksdelegierten in der Pfalz festsetzen konnten und ihre Gewalt Herrschaft gegen den einmütigen Willen der wehrlosen pfälzischen Bevölkerung aufrecht erhalten konnten.

Besonders tiefen Eindruck machte die Erklärung eines Arbeitervertreters, daß 90 Prozent der pfälzischen Bevölkerung den künstlich in die Pfalz hineingetragenen Separatismus auf das schärfste verurteilen und nie und nimmer die unläutereren Elemente, die sich die Regierung mit Gewalt angemacht haben, als Führer anerkennen würde. Noch nie und in keinem Punkte, so sagte der Pfälzer Arbeiterführer, ist das pfälzische Volk so einig gewesen, wie in seiner Ablehnung des Separatismus. Es war ein bedeutungsvoller Augenblick von historischer Bedeutung, als die berufenen Vertreter des pfälzischen Volkes, als erster der Bischof von Speyer und der Präsident der protestantischen Kirche, sich spontan zum Zeichen der Zustimmung für folgende Kundgebung von ihren Sätzen erhoben:

„Die berufensten Vertreter sämtlicher Westananschauungen aller politischen, wirtschaftlichen und beruflichen Verbände der Pfalz erklären dem Herrn englischen Generalkonsul Clive als dem Abgesandten der Regierung Großbritanniens, daß sich die pfälzische Bevölkerung auch unter den fürchterlichsten Drangsalen der Gewalt Herrschaft der sogenannten separatistischen Regierung als einer Horde landfremder, sittlich minderwertiger Elemente niemals beugen wird. Nur durch die direkte Unterstützung der Separatisten durch die französische Besatzung wurde diese Gewalt Herrschaft gegen eine wehr- und waffenlose Bevölkerung möglich.“

Im Namen der Menschenrechte und des Selbstbestimmungsrechtes einer kulturell und wirtschaftlich hochstehenden Bevölkerung von 800 000 treudeutschen Pfälzern bitten wir den Herrn Vertreter der britischen Nation, bei seiner Regierung dahin wirken zu wollen, daß unserer Pfalz wieder der Rechtsboden der deutschen und bayerischen Verfassung des Versailler Vertrages und des Rheinlandabkommens gegeben wird und die Bevölkerung der Pfalz von der separatistischen Tyrannei und Versklavung befreit wird.“

Der englische Generalkonsul Clive ist Dienstag vormittag von Mannheim in die Pfalz abgereist, um dem französischen Oberdelegierten für die Pfalz, General de Meh, einen Besuch abzustatten.

General de Meh hat eine kleine Anzahl Pfälzer zu diesem Besuch zu sich gebeten, jedenfalls in der Erwartung, daß diese Pfälzer unter dem Druck seiner Anwesenheit einen für die französische Politik günstigen Bericht über die Zustände in der Pfalz geben.

General de Meh vor der Rheinlandskommission

Dem „Echo de Paris“ wird von seinem Korrespondenten in Mainz gemeldet, daß auf Veranlassung des französischen Oberkommissars Tirard die Rheinlandskommission den französischen Oberdelegierten für die Pfalz, General de Meh, gehört habe. Er habe die Vorgeschichte der sogenannten „autonomen pfälzischen Regierung“ und den Anschlag auf Heinz ausbeantwortet. Die Oberkommissare hätten sich ins einzelne gehende Aufklärungen geben lassen.

DZ. Mannheim, 16. Jan. Ab heute vormittag ist die Brückenpforte zwischen Mannheim und Ludwigshafen wieder aufgehoben. Die Rheinbrücke ist also wieder geöffnet und morgens 6 Uhr bis abends 9 Uhr.

Das Reich und Thüringen. Amtlich wird mitgeteilt: Die Erörterungen zwischen der Reichsregierung und der thüringischen Staatsregierung sind nunmehr abgeschlossen. Die thüringische Regierung hat sich bereit erklärt, die Bedingungen zu erfüllen, die der Reichsregierung unerlässlich erschienen, um von Maßnahmen auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung abzusehen.

Politische Neuigkeiten

Parlamentseröffnung in England

In London fand am Dienstag unter dem üblichen Gepränge die Parlamentseröffnung statt. In der Thronrede führte der König u. a. folgendes aus:

Meine Beziehungen zu den auswärtigen Mächten werden auch weiterhin freundschaftlicher Natur sein. Ich freue mich, mitteilen zu können, daß in der Lösung der Frage, die bisher den Weg gegenseitigen Verständnisses behinderte und die Wiederherholung der Welt verzögert hat, ein Fortschritt erzielt worden ist. Die Reparationskommission hat zwei Ausschüsse eingesetzt, die die wahrhaft ersten finanziellen Fragen zu prüfen haben, die in der Situation Deutschlands eine entscheidende Rolle spielen.

In seinen weiteren Ausführungen berührte der König die Langerfrage und bemerkte weiter: Demnächst wird dem Parlament ein Gesetzentwurf zur Ratifikation des Lausanner Vertrages vorgelegt werden. Sobald es möglich ist, soll dieser Vertrag ratifiziert und eine neue Ära freundschaftlicher Beziehungen mit der Türkei dadurch eingeleitet werden. Der Einfluß des Völkerbundes soll gestärkt werden. Auf innerpolitische Fragen eingehend führte er aus: Über das Ergebnis der um den Schutzoll ausgefochtenen letzten Wahlen darf ich mich freuen, feststellen zu können, daß die zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gegenwärtig in der Ausführung begriffenen Maßnahmen das wertvolle Ergebnis gehabt haben, im Laufe des letzten Jahres die Zahl der Arbeitslosen zu vermindern. Zur Ausdehnung und Besserung der nach den Vorschlägen der Reichswirtschaftskonferenz vorgesehenen Handels-erleichterungen und Ausfuhrkreditplan sollen gemeinnützige öffentliche Unternehmungen innerhalb des Imperiums unter-stützt werden und zwar dadurch, daß diesen finanzielle Hilfe durch staatliche Zuschüsse oder solche von öffentlichen Körper-schaften gewährt werden. Weiter berührt die Thronrede den sofortigen Bau von Schlachtkreuzern und die Ausdehnung der englischen Luftstreitkräfte und die gesetzliche Anerkennung un-ehelicher Kinder, deren Eltern später geheiratet haben.

Die englische Thronrede ist ziemlich nichtsagend. Sie ist das Werk der gegenwärtigen Regierung, d. h. von den Konser-vativen aufgestellt. Diesen kommt es darauf an, den Libera-len möglichst wenig Angriffspunkte zu geben, damit diese bei der Abstimmung, die anlässlich des von Seiten Labours zu erwartenden Amendements bevorsteht, möglichst in den Ge-wissenszwang verwickelt werden, nicht gegen die Thronrede zu stimmen. Das Amendement der Arbeiterpartei stellt ein un-mittelbares Misstrauensvotum für die Regierung dar.

Der sinkende Franc

Der französische Ministerrat hat sich infolge des Ab-sinkens der französischen Währung zu weit gehende Be-schlüssen entschlossen. Eine Anzahl zusammenhängender Ge-setzenwürfe sollen, wie aus Paris gemeldet wird, eingebracht werden, welche die Wiederherstellung der Finanzlage, den Ausgleich des Wiederaufbaubudgets und die Überwindung der Krise auf dem Wechselmarkt zum Zweck haben. Sie sehen vor: 1. Maßnahmen zur Unterdrückung der Steuerhinter-ziehungen, 2. Ersparnisse in der Verwaltung, 3. Vertagung sämt-licher Gesetzentwürfe, die neue Lasten nach sich ziehen, 4. Er-hebung von zwei weiteren Zehnteln von sämtlichen Steuern. Die Regierung wird die schnelle Annahme dieser Ent-würfe verlangen und die Vertrauensfrage stellen. Die Re-gierung hat ferner Maßnahmen getroffen, um die schnelle energische Unterdrückung der Baissespekulation auf die fran-zösische Devisen und die französischen Staatspapiere zu gewähr-leisten.

Bekanntlich aber hat nicht nur der Franc den Tiefen-rekord erreicht und zum ersten Mal die italienische Lira unterboten, auch die englische Lira ist auf einen Tiefpunkt gesunken, indem der Sterlingkurs unter 4,23 Dollars pro Pfund fiel. Die Kommentare der Londoner Presse betonen diese peinliche Entwicklung. Die Fortsetzung der Depression an der Londoner Börse wird zweifellos die Bemühungen ver-stärken, die darauf gerichtet sind, eine Labour-Regierung zu verhindern.

Aus der Depression des Sterling geht ferner hervor, daß man deutschseits bei der Kommentierung des Frankensinzuges nicht vergessen darf, daß in der letzten Zeit, wenn gleich aus großenteils verschiedenen Gründen, die englische Lira den Franken ein gutes Stück auf seinem Wege nach abwärts be-gleitet, was für London nicht gleichgültig ist.

Das sächsische Regierungsprogramm

Im sächsischen Landtag stellte am Dienstag der neue Mini-sterpräsident Heldt das neue Kabinett vor, das sich wie folgt zusammenstellt: Müller (Soz.), Inneres; Kaiser (D. Rp.), Volksbildung; Büniger (D. Rp.), Justiz; Reinhold (Dem.), Finanzen; Eisner (Soz.), Arbeit. Bis zu der noch ausstehen-den Ernennung des Wirtschaftsministers werde der Minister-präsident selbst dieses Portefeuille übernehmen. Sämtliche Minister hatten den Eid auf die Reichs- und Staatsverfas-sung geleistet. Der Ministerpräsident führte dann u. a. aus: Die Regierung sei das erste Kabinett der Mitte, das für Sachen gebildet wurde. Die aus einer zwangsläufigen Ent-wicklung gebildete Regierung werde das ihrige dazu beitragen, daß die so gegründete Arbeitsgemeinschaft länger zusammen-halten werde, als die Regierungen der letzten Zeit. Allerdings sei versucht worden, den Bestand der Regierung dadurch in Frage zu stellen, daß die Neuwahlen auf dem Wege eines Volksbegehrens betrieben würden. Die Regierung werde hier-bei pflichtgemäß nach den gesetzlichen Bestimmungen ver-fahren. Landtag und Regierung würden sich aber während die-ses Verfahrens schlüssig zu machen haben, in welchem Um-fange noch vor den Neuwahlen eine Verringerung der Abge-ordnetenanzahl und Veränderungen des Wahlverfahrens durch-geführt werden sollten, wie sie für die Reichstagswahlen be-reits in Kraft seien. Im gegenwärtigen Kabinett seien zum ersten Male Vertreter aller Parteien zusammengefaßt, die auf dem Boden der republikanischen Verfassung stehen. Darin liege die sichere Gewähr dafür, daß die verfassungsmäßigen Einrichtungen Sächsens von einem neuen Kabinett peinlich gewahrt und beschützt würden. Die Regierung lege besonders wegen der Erwerbslosigkeit in Sachsen Wert darauf, von der Reichsregierung unterstützt zu werden. Es sei zunächst eine bringende Aufgabe, den Staatshaushalt auf Goldbasis umzu-stellen. Die sächsische Regierung glaube, daß es mit dem von der Reichsregierung aufgezwungenen Personalabbau nicht al-lein getan sei, sondern vielmehr Hand in Hand der Ab- und Umbau des Verwaltungsorganismus gehen müsse.

Man könne leider nicht behaupten, daß die Beziehungen zwischen der Reichsregierung und der sächsischen Regierung im verflochtenen Jahr erfreulich gewesen seien. Auch die Verhält-nisse der einzelnen Landesregierungen zueinander seien viel-fach durch eine allzu scharfe Betonung der parteipolitischen Gegensätze getrübt worden. Die bayerische Regierung sei so weit gegangen, daß sie zu Sachen die Beziehungen abgebro-chen habe. Das Kabinett könne nicht glauben, daß diese Ent-wicklung dem Staatsansehen und der deutschen Einheit för-

derlich sei. Sie erblicke vielmehr darin eine schwere Gefahr für die Weimarer Verfassung. Die bayerische Regierung habe eine Reform dieser Verfassung angeregt. Die sächsische Re-gierung halte zwar eine grundsätzliche Neuregelung des gegen-wärtigen Finanzsystems für geboten, glaube aber, daß dieses Ziele im wesentlichen auf dem Boden der gegenwärtigen Ver-fassung erreicht werden könne. Sie werde sich nicht durch die Förderung partikularistischer Tendenzen von dem geraden Wege abbringen lassen, der auf eine allmähliche Erreichung des deutschen Einheitsstaates hinführe.

Wie weiter aus Dresden gemeldet wird, stattete der Reichs-wehrminister Dr. Gessler dem sächsischen Ministerpräsidenten Heldt einen Besuch ab. Der sächsische Ministerpräsident er-klärte, daß die Stellung seiner Partei in der Koalition und damit die große Koalition in Sachsen selbst eine wesentliche Stütze erhalten würde, wenn der militärische Ausnahmezu-stand aufgehoben werden würde. Reichswehrminister Dr. Gessler versicherte hierauf, daß der militärische Ausnahmezu-stand berari gemildert werden würde, daß von einem Ein-greifen der Reichswehr in die Verwaltung der Staaten keine Rede mehr sein könne.

Kurze Nachrichten

Ein rechtsradikales Komplott gegen v. Seeckt? Berliner Meldungen zufolge wurde dort eine Verschwörung vorgenom-men, der ein Komplott deutschböhmischer Kreise gegen den Chef der Reichswehr, General von Seeckt, zugrunde lie-gen soll. Der Verhaftete ist ein früherer Offizier.

Deutsche Zahlungen an Frankreich. Zur vorläufigen Deckung der Besatzungskosten sind, wie aus Berlin gemeldet wird, am 10. Januar vom Reich 25 Millionen Goldmark zur Auszahlung an die Entente gelangt.

Die Denkschrift der bayerischen Staatsregierung zur föderativen Ausgestaltung der Reichsverfassung ist dem Reichsrat zugegangen und dürfte schon auf der Tagesordnung der näch-sten Sitzung stehen.

Die Memelkommission. Zum Präsidenten der Memelkom-mission hat der Präsident des Völkerbundes den amerikani-schen Finanzmann Norman Davis, der im Jahre 1919 der amerikanischen Delegation auf der Friedenskonferenz ange-hörte, dann unter Wilson im Schatzministerium gearbeitet hat und von 1920 bis 1921 Unterstaatssekretär war, ernannt. Davis hat die Ernennung angenommen und wird am 15. Januar die Reise nach Europa antreten. Die Memelkom-mission wird aus drei Mitgliedern bestehen, die weder Vize- noch Staatsangehörige einer der in der Völkerbundeskonferenz vertretenen Mächte sein dürfen, außer dem Kommissionspräsi-denten. Die Memelkommission ist auf der letzten Pariser Dezentvertagung des Völkerbundesrat eingesezt worden mit der Aufgabe, die Memel betreffenden Fragen, vor allem die Verkehrsprobleme zwischen der Völkerbundeskonferenz und der litauischen Regierung zu schlichten und im endgültigen Ab-kommensentwurf das künftige Statut für Memel auszuar-beiten.

Ein serbisch-italienisches Bündnis. Dem „Matin“ wird aus Belgrad gemeldet, man bestimme in Regierungskreisen, daß eine Allianz zwischen Italien und Serbien abgeschlossen worden sei. Die letzten Einzelheiten seien am 10. Januar geregelt worden.

Badische Uebersicht

Für Vereinfachung der Staatsverwaltung

Beim Landtag ist der nachfolgende Antrag eingereicht worden:

Das Staatsministerium und die Parteien der Koalition sind sich schon bei Aufstellung des Planes einer Staatsvereinfachung darüber einig geworden, daß auch Zahl und Arbeitskreis der Ministerien unter dem Gesichtspunkt der Vereinfachung ernst nachzuprüfen ist. Sie sind jedoch der Auffassung, daß diese Frage zweckmäßig erst zu erledigen ist, wenn die bestehenden Ministerien die eingeleitete Vereinfachung auf ihrem bisherigen Ge-biet durchgeführt haben.

Demgemäß stellen die Unterzeichneten den

Antrag:

Die Regierung wolle alsbald nach Durchfüh-rung der hauptsächlichsten Abbaumaßnahmen durch die Ministerien, jedenfalls noch in der gegenwärtigen Tagung, dem Landtag einen Gesetzentwurf vorlegen, durch welchen die Zahl und der Geschäftskreis der Ministerien in Weiterführung der Staatsvereinfachung gemäß § 52 der badischen Verfassung neu geregelt wird.

Karlsruhe, den 15. Januar 1924.

Dr. Schofer und Fraktion.

Marum und Fraktion.

Dr. Glockner und Fraktion.

Zum 100jährigen Bestehen des Lehrerseminars I

Dem Karlsruher Lehrerseminar I, welches am 5. Jan-uar auf sein hundertjähriges Bestehen zurückblicken konnte und in dieser Zeit vorwiegend der evangelischen Lehrerbildung in Baden gedient hat, ist vom Staats-ministerium auf Antrag des Unterrichtsministers aus die-sem Anlaß die Bezeichnung „Comenius-Schule“ beigelegt worden. Es soll dadurch mit dieser Anstalt die Erin-nerung an den großen bahnbrechenden Pädagogen des Re-formationszeitalters verknüpft und zugleich zum Aus-druck gebracht werden, daß das bisherige Lehrerseminar I auch künftig in einer irgend wie getarnten, von der Re-gierung der Lehrerbildung zu bestimmenden Form den großen Aufgaben der Heranbildung von Volkserziehern erhalten bleiben soll.

Aus der evang. Landeskirche

ep. Das neueste Verordnungsblatt enthält das Notgesetz des Staatsministeriums, die Verordnungen des Kultusministers mit den Änderungen des Landeskirchensteuergesetzes; darnach wird der Einzug und die Betreibung der Kirchensteuern vom Steuerjahr 1923 ab wieder den kirchlichen Gremien zu betreiben überlassen. Die Finanzämter scheiden als Ge- und Verrechnungstellen für Kirchensteuern aus. Der Kir-chensteuerheber ist vom Bezirksamt zu beauftragen und zu verpflichten. Soweit ein Erheber früher als Ortsfondsrechner oder als lehtmaliger Kirchensteuerheber schon verpflichtet

war, kann von einer abermaligen Verpflichtung abgesehen werden.

Das Kultusministerium hat für die Kirchensteuerjahre 1923 und 1924 genehmigt, daß die nach dem Landeskirchen-steuergesetz von der Vertretung der Kirchengenossen wahrzu-nehmenden Befugnisse durch den Landesfinanzenausschuß aus-geübt werden. Die am Augustsonntag für die evangelische Jugendpflege erhobene Kirchenabgabe hat 8 066 000 Mark ergeben, die an 12 Bünde nach Maßgabe ihrer Mitgliederzahl verteilt wurden. — Die Diasporagemeinde Geisingen ist dem Kirchenbezirk Konstanz zugeteilt worden. Der Bauzuschlag ist, soweit unmittelbare kirchliche Fonds hauptsächlich sind, mit Wirkung vom 28. April d. J. an aufgehoben. — Die erste theologische Prüfung wird am Montag den 28. April, die zweite am Montag den 12. Mai d. J. beginnen. — Aus kirch-lich gesinnten Kreisen von Sonntagsausflüglern wurde schon mehrfach der Wunsch geäußert, etwas über Ort und Zeit des im Gebiete ihrer Wanderung stattfindenden Gottesdienstes zu erfahren, um daran teilnehmen zu können. Diesem Wunsch sucht nun der Oberkirchenrat zu entsprechen, indem er die Anbestellung von Gottesdienstanzeigern in den entsprechenden Eisenbahnstationen — die Generaldirektion hat hierzu die Ge-nehmigung erteilt — sowie in allen Rathhäusern, Kurorten, Herbergen empfiehlt.

Eine deutschnationale Zeitung in Karlsruhe

„Karlsruher Volksblatt“ soll ab 1. Februar biernal in der Woche im Verlag einer G. m. b. H. erscheinen. Sie will, wie sie ankündigt, die „nationalen, bürgerlichen und mittelständigen Belange“ der rechtsrheinischen Männer und Frauen in Karlsru-ber vertreten. Gegründet wird das Blatt in Bretten.

Kommunale Rundschau

Schlichtungsausschuß für Mannheim. Der neu gebildete Schlichtungsausschuß umfaßt außer Mannheim auch die Städte Weinheim, Heidelberg und Mosbach. In den beiden letzteren Städten sind Verhandlungsausschüsse errichtet. Als Vorsitzender fungiert Professor Dr. Erbel in Mannheim. Als stellvertreter Vorsitzende sind ernannt: Landgerichtsdirektor Dr. Bodenheimer und Landgerichtsrat Dr. Ulrich in Mann-heim, Landgerichtsdirektor Dr. Geißmar in Heidelberg und Staatsanwalt Dr. Webel in Mosbach. Der neue Schlich-tungsausschuß ist nur noch zuständig für die Hilfeleistung zum Abschluß von Gesamtvereinbarungen (Zinsverbträge, Betriebs-vereinbarungen). Alle anderen bisherigen Zuständigkeiten sind seit dem 1. Januar 1924 an die Arbeitsgerichte (Ge-werbe- und Kaufmannsgerichte) übergeleitet oder wer-den demnächst überwiegen werden.

Der Bürgerausschuß in Wiesloch genehmigte die Aufnahme eines kurzfristigen Darlehens in Höhe von 1000 Goldmark bei der badischen Staatsschuldverwaltung in Karlsruhe. Nach dem Vorschlag für das Rechnungsjahr 1923/24 wird ein Umlage-fuß von 18 Pf. auf 100 Mark Steuerwert erhoben, um die ungedeckten 149 520 Mark zu decken; danach sind aufzubringen vom Betriebsvermögen aus 30 288 500 Mark 54 483 Mark, von Gebäuden aus 13 125 000 Mark 47 250 Mark, von ein-geschätzten Grundstücken aus 491 270 Mark 3537 Mark, von Kassenvermögen aus 3 080 080 M. 44 353 Mark, vom Wald aus 1560 Mark 22 Mark.

Um den erledigten Bürgermeisterposten in Erberg finde, wie verlautet, 12 Bewerbungen eingelaufen. Man hatte auf mehr Bewerber gerechnet.

In der Bürgerausschuhaltung in Mühlheim am 11. Januar wurde die Vorlage betr. Verträge mit den Bewohnern der städtischen Neubauten nach längerer Debatte mit 38 gegen 16 Stimmen angenommen. Zum Ausbau der Kaserne wurde ein außerordentlicher Holzschub genehmigt. Der Erlös aus dem zum Verkauf kommenden 1450 Festmetern wird ca. 10 500 Mark betragen. Nach dem Beschluß des Bürgerausschusses wird in einem von der Stadt erworbenen Fliegel der Infanterieka-serne eine neue Hochschule untergebracht. Der Umbau hat bis jetzt bereits 240 Millionen gekostet und es sind noch wei-tere 7000 Goldmark erforderlich, die durch einen außerordent-lichen Holzschub von 1450 Festmetern beschafft werden sollen.

Aus der Landeshauptstadt

Dem deutschen Einheitsgedanken gilt die Feier, zu der auf Freitagabend die badische Staatsregierung die Einwohnerschaft der Landeshauptstadt in die Festhalle geladen hat. Fritz von Unruh, der als Sprecher zu dieser vaterländischen Kund-gebung erscheinen wird, ist wie wenige andere berufen, jenen Gedanken und Gefühlen Ausdruck zu verleihen, die in dieser notwendigen Zeit Herz und Sinn Aller bewegen. Unruh, der aus Überwindung des Kriegserlebnisses zum dichterischen Mahner und Kämpfer eines neuen Deutschlands geworden ist, hat in seinen Dichtungen seinem sieghaften vaterländischen Glauben kraftvolles Leben gegeben. Gerade seine stärkste Dichtung, die Tragödie „Ein Geschlecht“ klingt aus in der schicksalbestimmten Mahnung:

„Wir dürfen nicht wie Wachs im Feuer weichen,
Wenn dieser Menschheit Guß gedeihen soll.
Wie Gott ihn sich in höchster Weisheit dachte,
Dann müssen wir die Siegelhalter sein!
Wie der Kristall nach festem Willen wächst,
Um im Gebilde leuchtender zu strahlen.“

Ein Heimattag der Badener

Wie mitgeteilt wird, soll im Anschluß an die am 18. Jan. in Karlsruhe stattfindende Kundgebung für den Reise- und Fremdenverkehr, zu der auch der badische Staatspräsident er-scheinen wird, in der am folgenden Tage vorzunehmenden Sitzung des Landesausschusses des Badischen Verkehrsverbandes über die alljährliche Veranstaltung eines Heimattages der Badener beraten werden. Zu dieser Veranstaltung sollen alle lands-mannschaftlichen Vereine der Badener im übrigen Deutschland sowie die Badener im Ausland eingeladen werden. Anlaß hierzu gab die anlässlich der großen Not in Deutschland ge-zeigte umfassende Liebesbereitschaft und die in zahlreichen Zu-schriften aus dem Ausland ergreifend zum Ausdruck gebrachte treue Anhänglichkeit und Liebe zur Heimat. Für den geplanten Heimattag der Badener, für den erstmals wohl die Lan-deshauptstadt vorgesehen werden dürfte, sollen die neu auf-gelebten Beziehungen zur Heimat gepflegt und gestärkt, der Heimatstimm gefördert und die Fühlungnahme der Badener außerhalb Badens untereinander erleichtert werden. Bei der zu erwartenden regen Anteilnahme auch aller heimatländischen Bevölkerungskreise dürfte sich so der Heimattag der Badener alljährlich zu einer mächtvollen Kundgebung für die badische Heimat gestalten. Auf diese Weise würden auch gleichzeitig die Bestrebungen zur Erhaltung des Deutschtums im Aus-land eine wesentliche Unterstützung erfahren. Über diese idealen Aufgaben hinaus soll jedoch diese Veranstaltung der Förderung des Verkehrs nach Baden und durch Anbahnung und Belebung geschäftlicher Beziehungen den wirtschaftlichen Interessen unseres Landes dienen.

Die Technische Hochschule Karlsruhe veranstaltet am Freitag, den 18. d., vormittags 11 Uhr in der Aula zur Wiederkehr des Tages der Reichsgründung eine akademische Gedenkfeier. Prof. Th. Frauer wird über „Krisis der Gewerkschaften“ sprechen.

Verbesserung des Sonntagsverkehrs. Zu den vom Badischen Verkehrsverband in Aussicht genommenen Winterportsonderzügen werden neuerdings auch Fahrkarten ab Mannheim und Heidelberg nach Karlsruhe ausgeben. In Karlsruhe besteht auf dem Hinweg unmittelbar Anschluss an den mit ermäßigten Sonntagsfahrkarten benutzbaren Personenzug 5 Uhr früh ab Karlsruhe Richtung Baden-Baden—Wühl—Achern. Auch auf dem Rückweg ist ein günstiger Übergang auf die Sonderzüge vorgezogen. Außerdem ist die Möglichkeit geboten, vor Eintritt der Dunkelheit nach Karlsruhe zum Besuch der Abendveranstaltungen (Landestheater usw.) zurückzufahren, um alsdann in rascher Fahrt mit dem Sonderzug Karlsruhe ab 10.35, Bruchsal an 10.58, Heidelberg an 11.34, Mannheim an 12.00 die Heimfahrt zu vollenden. Für Karlsruhe ist Fahrgelegenheit mit Sonderzug zu ermäßigtem Preis am 20. Januar nach Triberg und am 27. Januar nach Freiburg geboten.

Freiwillige Feuerwehr 4. Kompanie. Am Sonntag abend hielt die 4. Kompanie im Saale der Restauration Ziegler eine Weihnachtsfeier ab, welche einen sehr schönen Verlauf nahm, und welcher auch das Kommando anwohnte. Nach einem einleitenden Musikstück, vorgetragen von einer Abteilung der Feuerwehrkapelle begrüßte Hauptmann Mark die Erschienenen mit einer kurzen Ansprache. Ein reichhaltiges Programm setzte hierauf ein, bei welchem sich das „Dorisch-Quartett“ durch Vorträge ansprechender, sehr gut zu Gehör gebrachter Lieder verdient machte. Herr Müller führte seinen humoristischen Part auf beste durch. Neben dem Christbaum waren noch eine Anzahl Gaben zur Verlosung vorhanden.

Bad. Landestheater. In der für Sonntag, den 20. angelegten Aufführung von Wagner's „Lohengrin“ findet ein Gastspiel von Frau Maria Reuschling von der Dresdener Staatsoper als Ortrud statt. Frau Reuschling, deren Stimme nach den Berichten der Dresd. Zeitungen an eine der bedeutendsten deutschen Sängerrinnen, nämlich an die unvergessliche Fanny Morand-Olden erinnern soll, hat u. a. auch bei ihren Gastspielen in München außerordentliches Aufsehen erregt.

Marcell Salzer kommt! Dieses Mal wirklich! Denn im vorigen Jahre wurde der allerbekannteste „Lustige Professor“ kurz vor seinem Vortrag krank. Der diesjährige Abend ist auf morgen Donnerstag den 17. Januar d. J. festgesetzt, und zwar abends 8 Uhr im Eintrachtssaal. Der Vorverkauf in der Musikalienhandlung Kurt Neufeldt hat begonnen.

Kurze Nachrichten aus Baden

Nr. 2 des Badischen Gesetzes- und Verordnungsblattes hat folgenden Inhalt: Notgesetz: Die Berechnung der bei der Erwerbung des Bürgerrechts zu entrichtenden Beträge. Bekanntmachungen und Verordnungen des Ministers der Finanzen: Dienstfreistellen; des Ministers des Innern: Fasnachtsveranstaltungen 1924; die Arzneitaxe; Tarif der von den badischen Armenverbänden gegenseitig zu erstattenden Armenpflegekosten; die bei der Ein- und Durchfuhr von Tieren aus dem Auslande zu entrichtenden tierärztlichen Untersuchungsgebühren; des Justizministers: die Führung der Grund- und Flambücher in der Zwischenzeit; über die Gebühren für die Tätigkeit der Mitglieder des Gemeinderats und der Gemeindebeamten sowie der Hilfspersonen in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit und bei der Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen; über die Bestellung von Vergleichsbeholdern in freiwilligen Rechtsangelegenheiten; des Arbeitsministers: über die Erhebung von Baugeldern (Baugeldbühnenordnung).

Katholischer Lehrerverein. Bei den in Karlsruhe fahungsgemäß im katholischen Lehrerverein abgehaltenen Wahlen wurden für die Kalenderjahre 1924/27 zum 1. Vorsitzenden Hauptlehrer Franz Weierhaas in Bruchsal, zum 2. Vorsitzenden Hauptlehrer Annemarie Schmid in Heidelberg, zum 1. Schriftführer Fortbildungsschulhauptlehrer Leopold Kaiser in Bruchsal, zum 2. Schriftführer Hauptlehrer Leo Weich in Heidelberg, zum Rechnungshauptlehrer Hugo Wohlfarth in Rheingönz und zu Beiräten die Hauptlehrer Emil Armbruster in Pfaffat und Josef Strobel in Karlsruhe ernannt.

Mannheim, 14. Jan. Der Schiedspruch, der den Mannheimer Metallarbeitern 55 Pfg. für die Stunde zugewilligt hatte, ist von den Unternehmern abgelehnt worden. Der Vorschlag der Industriellen, der den Arbeitnehmern 52 Pfg. anbot, wurde von diesen abgelehnt. Infolgedessen trat die Aussperrung sämtlicher Mannheimer Metallarbeiter heute in Kraft.

DZ. Heidelberg, 14. Jan. Im Alter von 80 Jahren ist der Senior der Heidelberger Universitätsdozenten, der ordentliche Professor im Ruhestand Dr. Georg Quinke gestorben.

Heidelberg, 15. Jan. Die Universität wird am 18. Januar die Reichsgründungsfeier durch einen akademischen Festakt begehen, bei dem Professor Andreas, der Nachfolger Endens, sprechen wird. Der Waffenerwerb der Studentenschaft beabsichtigt, am Abend vorher einen Fadelzug zu veranstalten.

DZ. Freiburg i. Br., 14. Jan. Der Direktor des hiesigen pathol. Instituts, Geheimrat Prof. Dr. Schöffl wird gegen Ende März eine Auslandsreise nach Amerika, Japan und China antreten und dort eine Reihe von wissenschaftlichen Vorträgen halten. Vor einiger Zeit war er bereits zum gleichen Zweck in Rußland und Schweden.

DZ. Schlussee, 13. Jan. Riesige Schneemassen haben die hiesigen Kaufmannsgezwungen, ihre Arbeiter zu entlassen. Das Personal ist zum 1. Februar gekündigt worden. Wann der Betrieb wieder aufgenommen wird, kann nicht gesagt werden. Es hängt alles von der Bitterung ab. Die Schneemassen machen beinahe den ganzen Verkehr unmöglich. Nur mit Mühe konnten zwei Beerdigungen in der letzten Zeit erfolgen.

Verschiedenes.

Probetrieb im Walsenfer-Werk

Am Freitag abend wurde, wie aus München gemeldet wird, im Walsenfer-Werk der Probetrieb der ersten Turbine (24 000 Pferdekraft) im Anschluß an die Fällung der Druckrohre aufgenommen. Damit ist ein wichtiger Abschnitt im Entstehen des in seiner Größe und Eigenart auf dem Kontinent einzigartig bestehenden Werkes erreicht. Die Versuche erfolgten bis jetzt ohne Störung. Alle Teile der Hochdruckanlagen funktionieren sachgemäß. Nach der Durchführung weiterer Versuche wird die Kraftabgabe an das Wälwerk begonnen. Das Wälwerk selbst, die über ganz Bayern fertiggestellte Hochspannungslinie, hat in der Nacht zum 11. Januar mit seinen schon seit Mitte Dezember betriebsfähigen 100 000 Volt-Anlagen die Übertragung der bei den Hoch-Elektrostärken in Augsburg überhörschiffigen Wassertrastenergie mit einer Leistung von 300 Kilowatt zum Großkraftwerk Frankfurt bei Nürnberg aufgenommen.

Das unterirdische Fernsprechnetz Hamburg—München

Das mit einer Länge von über 1100 Kilometer das größte Fernsprechnetz Europas darstellt, ist fertiggestellt und dieser Tage verkehrsweise mit Erfolg in Benutzung genommen worden. Von der Nordsee bis zu den Alpen ist damit ein durch Sturm und Unwetter ungeschützter Fernsprechnetz gesichert. Die Kabelverbindung geht von Hamburg über Hannover—Berlin—Bitterfeld—Klaue—Nürnberg nach München. Alle 150 Kilometer sind Verstärkungen eingeschaltet, die eine vorzügliche Verständigung ermöglichen.

Amundsen's neue Pläne

Der Polarforscher Roald Amundsen ist in Berlin eingetroffen, wo er für seine bevorstehende neue Nordpolexpedition noch einige Instrumente und Apparate sich beschaffen will. Er äußerte sich einigen Journalisten gegenüber über seinen neuesten Plan, den Nordpol im Flugzeug zu überfliegen, ein Projekt, dessen Durchführung er im vergangenen Jahre wegen der unzureichenden Mittel hatte aufgeben müssen. Er will eine Expedition diesmal von Spitzbergen aus unternehmen. Sein Forschungsschiff, die „Maud“, soll das Flugzeug bis zur Eisgrenze bringen, dann hofft Amundsen, die Polfahrt selbst in 36 Stunden bewältigen zu können. Für den Flug wird er zwei Dornier-Flugzeuge benutzen, die durch Anbau von Booten auch zum Niedergehen auf dem Wasser befähigt sind. Selbstverständlich werden die Flugapparate mit funktionsfähigen Einrichtungen ausgerüstet sein. Wie auch schon für das vorherige Unternehmen projektiert war, wird gleich-

zeitig mit dem Amundsen'schen Flug eine Ostseeexpedition unternommen werden: Von Alaska, also von der anderen Seite des Nordpols soll ihm ein amerikanisches Schiff entgegenfahren. Amundsen hofft, den Flug im Mai oder Juni unternehmen zu können. Die technischen Vorbereitungen sind in vollem Gange. Angesichts der Überlegenheit, die die neuen Flugzeuge gegenüber dem älteren Typ aufweisen, mit denen sich der Polarforscher im vergangenen Jahre hätte behelfen müssen, hegt Amundsen die Erwartung, seinen Plan in diesem Jahre durchführen zu können.

Neues Erdbeben in Japan

Ein schweres Erdbeben hat von neuem Japan heimgesucht. In Tokio und Kobe wütete eine große Feuersbrunst. In Tokio und Yokohama zählt man 50 Tote und 200 Verwundete. 800 Häuser wurden zerstört.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	16. Januar		15. Januar	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam	1 581 038	1 588 962 ^{1/2}	1 581 038	1 588 962 ^{1/2}
Kopenhagen	736 155	739 845	738 150	741 850
Italien	185 530	188 470	191 520	192 480
London	17 955 000	18 545 750 ^{1/2}	17 955 000	18 545 750 ^{1/2}
New York	4 189 500	4 210 500 ^{1/2}	4 189 500	4 210 500 ^{1/2}
Paris	193 515	194 485	189 525	190 475
Schweiz	736 654	740 346	742 140	745 860
Wien	123 450	124 060	125 186	126 814
Wien (100 Kronen)	59 850	60 150	61 596	61 904

Die kleine Ziffer bedeutet die Zuteilung in Prozent

Vom Schiffsverkehrs auf dem Rhein. Am 12. Januar sollen in Basel, wie von dort gemeldet wird, die schweizerischen Delegierten Beratungen pflegen, die sich mit dem Konzeptionsgedacht der Force Motrice du Haut Rhin befassen. Darnach sollen Verhandlungen mit Frankreich und der Force Motrice du Haut Rhin stattfinden, jedoch muß erst eine Einigung der Delegierten der Schweiz und Frankreich erzielt sein. Nach Informationen beschäftigt man sich am Mittel- und Unterrhein mit der Aufnahme des Verkehrs nach Basel, der im Zusammenhang mit dem passiven Widerstand durch einen Streik unterbunden war. Nach dem Abbruch des passiven Widerstandes soll nun der Verkehr wieder aufleben. Eine deutsche Reederei hat große Neubauten geschaffen, um speziell den Dienst mit Basel wieder aufzunehmen. Auch in Basel selbst haben sich deutsche, holländische und französische Schiffsfahrtsinteressenten niedergelassen. Der französische Rheinverkehr wird im nächsten Jahre zum erstenmal bis Basel betrieblen. Aus dem Saargebiet sollen auch Kohlentransporte über den eisfähigen Kanal auf dem Wasserwege bis nach Basel durchgeführt werden. In Winterthur soll die Firma Gebr. Sulzer A.-G. den Plan zur Erschaffung eines Schleppschiffes mit Dieselmotoren für den Dienst Straßburg—Basel ausgearbeitet haben. Es wird angenommen, daß die Beratungen der Kommission über die Bewirkung der Personenschiffahrt die Unterstützung der Basler Regierung erhalten.

Staatsanzeiger

Das Verbot der kommunistischen Partei, der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei und der deutschösterreichischen Freiheitspartei.

Für die infolge der Auflösungsberichtigungen des Chefs der Heresleitung vom 20. November 1923 obigen Betreffs ausgesprochenen Vermögensbeschlagnahmen und die Führung der entsprechend den Befehlen des Wehrkreises V sich hieraus ergebenden Geschäfte wird der Landeskommissar von Wilsleben in Karlsruhe als Treuhänder bestimmt.

Karlsruhe, den 15. Januar 1924.
Der Minister des Innern.
K e m m e l e.

Reichs-Gründungs-Feier der badischen Regierung.

Freitag, den 18. Januar 1924, abends 8 Uhr, im großen Festhallaal unter Mitwirkung des Landestheaterorchesters (Leitung: Operndirektor Cortolezis)

Vortragsfolge:

1. Egmont-Overtüre von Beethoven
2. Festansprache: Fritz von Urruh.
3. Leonoren-Overtüre Nr. 3 von Beethoven

Die gesamte Bevölkerung der Landeshauptstadt Karlsruhe wird zur Teilnahme an der Feier eingeladen. Eintritt unentgeltlich.

Das Staatsministerium.

Badisches Landestheater.
Donnerstag, 17. Jan. 7^{1/2} u. 9^{1/2} Uhr. Sp. I 4.20 M.
Abonn. E 11. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 3101—3600.

Der Totentanz 1921.

Morgen Donn. 17. Jan., 8 Uhr, Eintr.
Einziger Lustiger Abend
von Professor
Marcell Salzer
Kleinsten Auserlesenen literarischer Meisterschöpfungen
Karten zu 3.—, 2.50, 2.—, 1.50 und 1.— bei
Kurt Neufeldt, Waldstr. 39

Badische Beamten-Genossenschaftsbank

eingetr. Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

Außerordentl. Hauptversammlung

findet am 20. Januar, Vormittags 10 Uhr im Friedrichshof statt.

Tagesordnung:

1. Satzungsänderungen, D 28
2. Sonstiges.

Der Aufsichtsrat.

Zentral-Güterrechts-Register für Baden.

Donaueschingen. B. 75. tag vom 5. Januar 1924.

In das Güterrechtsregister wurde heute eingetragen: Vols, Jakob
Heinrich, Montageinspektor, Donaueschingen, Vertha geb. Schuhmacher.
Vertrag vom 17. November 1923. Gütertrennung.
Donaueschingen, den 7. Januar 1924.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Mannheim. B. 95. Zum Güterrechtsregister Band XV wurde heute eingetragen:
Seite 115: Sterker, Heinrich, Fabrikarbeiter, und Elsa, geb. Weller in Mannheim.

Ettlingen. B. 39. Durch Vertrag vom 20. November 1923 ist Gütertrennung vereinbart.
Mannheim, 5. Jan. 1924.
Bad. Amtsgericht B. G. 4.

Willingen. B. 38. Unter O.-B. 276 W. 1 des diesseitigen Güterrechtsregisters wurde heute eingetragen:
Franz Lohmüller, Kaufmann in St. Georgen, a. d. Elbe, geb. Schwarzwälder altd. Vertrag vom 8. Januar 1924. Gütertrennung.
Willingen, 9. Jan. 1924.
Der Gerichtsschreiber des Bad. Amtsgerichts.

Karlsruhe. B. 52. In das Güterrechtsregister ist zu Band X eingetragen: Seite 364: Giese, Friedrich, Wagenmeister, Karlsruhe, und Anna geb. Kugler. Ver-

Anser
Inventur-Verkauf
in Manufakturwaren
und Aussteuerartikel
bietet ganz besondere Vorteile
Malthaner & Hauschwitz
Waldhornstr. 19 Telefon 1555

Baubund - Möbel
kaufen Sie preiswert und gut
Karlsruhe, Karl-Friedrichstr. 22
Bad. Baubund G.m.b.H. Tel. 5157

Methode Ritter
Sprachlehr-Institut
Anmeldungen täglich für Kurse und Privatstunden
Leopoldstraße 1
(am Kaiserplatz) B. 892

Institut
u. Privat-
Rückunftel
Detektiv
„Argus“ Mannheim
O. G. 6.
Planken 2. 47
Fernspr. 3505
R. Maler & Co., G. m. b. H.

Bereins-Register.
Karlsruhe. B. 79.
In das Vereinsregister ist zu Band XI O.-B. 48 eingetragen: Karlsruher Motorradfahrerverein, Karlsruhe
Karlsruhe, 12. Jan. 1924.
Bad. Amtsgericht B. 2.